

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 8 (1916)
Heft: 8

Artikel: Der Einigungsgedanke unter den deutschen Gewerkschaften
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-350588>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

(Travailleurs de la Mer) vertraten, für Italien. Alle Redner kritisierten die alte Internationale, die der Reflex des deutschen Imperialismus gewesen sei, sehr scharf. Die neue Internationale müsse dem deutschen Einfluss entzogen werden.

Zu dem bekannten Vorschlag der amerikanischen Gewerkschaften, in derselben Zeit und derselben Stadt, wo die Friedensverhandlungen stattfinden werden, einen internationalen Gewerkschaftskongress einzuberufen, äusserte sich die Konferenz dahin, dass diese Frage derzeit noch nicht als spruchreif anzusehen sei. Wenn der Friede nahe sei, werde ein Kongress zu nützlicher Zeit seine Wünsche in bezug auf den Friedensvertrag formulieren müssen.

Schliesslich hat die Konferenz noch die Ansicht ausgesprochen, dass, obgleich sie ihre Anhänglichkeit an die Prinzipien der Gewerkschaftsinternationale bestätige, «unter den gegenwärtigen Umständen die Verständigung nur unter den Arbeiterorganisationen der alliierten Nationen möglich und wünschenswert ist».

Was die neuerlich angeregte Sitzverlegung des Internationalen Gewerkschaftsbureaus anbetrifft, haben wir wiederholt unsere Ansicht dazu geäussert. Zeit und Gelegenheit, darüber zu sprechen, wird gekommen sein, wenn nach dem Kriege die einzig hierzu kompetente Konferenz der Landessekretäre wieder zusammentreten wird. Alles, was während des Krieges hierüber gesprochen und geschrieben wird, steht zu sehr unter dessen geistiger Beeinflussung, als dass es den internationalen Interessen der Arbeiterklasse dienlich sein könnte. Gegen die Errichtung eines Korrespondenzbureaus für die Gewerkschaften der Vierverbandsstaaten als deren interne Einrichtung ist natürlich nichts zu sagen. Dass es an die Stelle des internationalen Bureaus nicht gesetzt werden kann, werden seine Schaffer, falls sie die Absicht hiezu haben, sehr rasch erfahren.



Der Einigungsgedanke unter den deutschen Gewerkschaften.

Die Unterhaltung des Genossen Legien mit dem Reichskanzler über die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung hat schon zu einer lebhaften Aussprache, zunächst in der Presse, geführt. Wenngleich die Schwierigkeiten der allseitig als notwendig betonten Einigung der verschiedenen Richtungen auch entschieden hervorgehoben werden, so ergibt sich doch aus den bisherigen Äusserungen, dass der Boden für eine sonstige Erörterung der Frage reif ist. Schon in Friedenszeiten haben die verschiedenen Richtungen in einzelnen Fällen gemeinsame Aktionen durchgeführt. Noch öfter ist das während des Krieges geschehen, und in zahllosen Ausschüssen aller Art sitzen heute die Vertreter der freien, der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zu gemeinsamer praktischer Arbeit.

Jedesmal zwingen äussere Notwendigkeiten dazu, die alten Fehden zu vergessen, wenigstens für den Augenblick. Angesichts des einheitlich und machtvoll organisierten Unternehmertums und anderer nach dem Kriege zu erwartender Umstände fragen sich diese besonnenen Gewerkschafter mit Recht, ob es nicht nützlicher ist, neuen äusseren Zwang nicht wieder abzuwarten, sondern schon bald und freiwillig auch für später ein Zusammenarbeiten der einzelnen Gewerkschaftsrüstungen anzubahnen. Und zwar auf den Gebieten, auf denen die Interessen völlig oder fast völlig identisch sind.

In diesem Sinne spricht sich auch ein längerer Artikel «Arbeiter aller Richtungen, vereinigt euch!» aus, der gegenwärtig die Runde durch einige den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen nahestehende Blätter macht. Die Schwierigkeiten und Möglichkeiten eines gemeinsamen

Vorgehens werden darin sorgfältig geprüft. Der Verfasser, der zunächst ein Kartell der Gewerkschaftsrichtungen befürwortet, kommt zu folgender Schlussfolgerung, der man sich im allgemeinen nur anschliessen kann mit dem Wunsche, dass die Diskussion in sachlicher Weise und zu einem praktischen Ergebnis weitergeführt werde:

«Der Inhalt des Kartellvertrages müsste die gegenseitige Anerkennung der Daseinsberechtigung sein. Zu erwägen wäre, ob das eine oder andere örtliche Gebiet künftig der ausschliesslichen Werbetätigkeit einer Gruppe zugeteilt werden könnte; vielleicht geht das schon zu weit. Hingegen könnte nach den Kriegserfahrungen die Zusicherung gegeben werden, dass die Zentralen auf möglichste Ausschaltung gegenseitiger Bekämpfung und Ausfechtung der Gegensätze in anständiger Form hinwirken wollen. Wichtiger wäre die Einsetzung einer gemeinschaftlichen Beratungskörperschaft für grosse, gemeinsame Interessen berührende Fragen, die auf möglichst einheitliches taktisches Vorgehen in der gesamten Sozialpolitik der Berufsvereine hinarbeiten müsste und im Laufe der Zeit die Autorität einer höchsten beratenden Körperschaft der Gesamtarbeiterschaft gewinnen könnte. Auch an die periodisch erfolgende Einberufung von Gesamtkongressen der deutschen Gewerkschaften wäre zu denken . . .»



Verschärfung der Krisis in der Stickerei-Industrie.

Wie verlautet, wird die ostschweizerische Stickerei-Industrie auf anfangs September vor einer weitem Verschärfung der herrschenden Krisis stehen, sofern es nicht gelingt, die französische Regierung zur Freigabe der längst erwarteten Baumwollsendungen, die in Bordeaux lagern, zu bewegen. Der Rohstoffmangel wird besonders deshalb stark empfunden, da die vorliegenden Aufträge eine Vollbeschäftigung aller Fabriken gestatten würden. Allein heute schon stehen von 6400 Schifflistickmaschinen mehr als die Hälfte still; so hatte die Feldmühle A.-G. Rorschach mit 400 Schifflimaschinen schon vor Wochen ihren Betrieb erheblich eingeschränkt, ihr folgten auch andere Fabriken. Ein Reihe dieser grossen Firmen erklärt, dass ihre Rohstoffvorräte nur noch bis Ende August reichen; wenn bis dahin die von England freigegebenen, aber gleichwohl noch in Frankreich zurückgehaltenen Rohstoffe nicht eintröfen, so müssten sie ihre Betriebe auf unbestimmte Zeit fast gänzlich einstellen. Wenn man bedenkt, dass mit der Stickerei noch verschiedene Hilfsindustrien verbunden sind, so ergibt sich, dass durch eine solche Massnahme rund 55,000 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Ostschweiz um ihr Brot kämen. Die gesamte Stickerei-Industrie blickt daher mit grösster Sorge den nächsten Wochen entgegen.



Zentralverband der Zimmerleute.

Dieser Verband hielt am 19. und 20. August in Zürich seine 13. Delegiertenversammlung ab. Vertreten waren 16 Sektionen mit 20 Delegierten, der Verbandsvorstand mit 3 Mitgliedern, ferner der Obmann der Beschwerdekommision und der Vertrauensmann der Kantone Zürich und Luzern. Der Tätigkeitsbericht des Zentralvorstandes entfesselte keine andere Diskussion als über den Punkt Arbeitsnachweis, der bei den Verbandssektionen, die denselben führen, nicht den erhofften Erfolg gezeitigt hat. Jahresbericht und Rechnungsbericht wurden anstandslos gutgeheissen. Ein wichtiges Traktandum bildete der Antrag der Zürcher Mitglieder auf Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband. Der Antrag wurde mit 15 gegen 3 Stimmen verworfen, dagegen folgende Resolution mit 9 gegen 3 Stimmen angenommen: